

REIHE DES INSTITUTS FÜR PRAKTISCHE  
JOURNALISMUS- UND  
KOMMUNIKATIONSFORSCHUNG (IPJ)

Uwe Krüger

# Meinungsmacht

Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und  
Alpha-Journalisten –  
eine kritische Netzwerkanalyse

Herbert von Halem Verlag

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Uwe Krüger

*Meinungsmacht*

*Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse*

Reihe des Instituts für praktische Journalismus- und Kommunikationsforschung (IPJ), 9  
Köln: Halem, 2013

Die *Reihe des Instituts für praktische Journalismus- und Kommunikationsforschung (IPJ)* wird herausgegeben von Prof. Dr. Michael Haller (Leipzig).

Das Institut für Praktische Journalismus- und Kommunikationsforschung ist ein Gemeinschaftsprojekt der Medienstiftung der Sparkasse Leipzig, der Universität Leipzig und der Handelshochschule Leipzig. Die Medienstiftung der Sparkasse Leipzig fördert das Institut für Praktische Journalismus- und Kommunikationsforschung mit vier Promotionsstipendien.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme (inkl. Online-Netzwerken) gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© 2013 by Herbert von Halem Verlag, Köln

ISBN 978-3-86962-070-1

ISSN 1869-893X

Den Herbert von Halem Verlag erreichen Sie auch im Internet unter <http://www.halem-verlag.de>  
E-Mail: [info@halem-verlag.de](mailto:info@halem-verlag.de)

SATZ: Herbert von Halem Verlag

DRUCK: docupoint GmbH, Magdeburg

GESTALTUNG: Claudia Ott Grafischer Entwurf, Düsseldorf

Copyright Lexicon ©1992 by The Enschedé Font Foundry.

Lexicon® is a Registered Trademark of The Enschedé Font Foundry.

## INHALT

Vorwort des Herausgebers	15
<b>EINLEITUNG</b>	<b>19</b>
1.1 Hinführung zum Thema	19
1.2 Ziel und Aufbau der Arbeit	28
<b>2. FORSCHUNGSSTAND</b>	<b>30</b>
2.1 Informelle Kommunikation mit Politik- und Wirtschaftseliten	30
2.2 Elitenorientierung von Leitmedien	37
<b>3. THEORIEN UND KONZEPTE</b>	<b>46</b>
3.1 Indexing-Hypothese	47
3.1.1 <i>Kernthesen</i>	47
3.1.2 <i>Kritik und empirische Überprüfung</i>	49
3.1.3 <i>Indexing–Problem oder Segen für die Demokratie?</i>	52
3.2 Propagandamodell	55
3.2.1 <i>Kernthesen</i>	55
3.2.2 <i>Kritik</i>	60
3.2.3 <i>Empirische Überprüfung</i>	65
3.3 Guard Dog Perspective	68
3.4 Soziale Kontrolle und das Protestparadigma	70
3.5 Vergleich der Konzepte	71
3.6 Anwendbarkeit auf deutsche Verhältnisse	72
3.7 Theoriebausteine zur Elitenorientierung deutscher Leitmedien	84

4.	DEFINITIONEN	88
4.1	Eliten und Elitenintegration	88
4.2	Soziale Netzwerke und soziales Kapital	90
4.3	Schweigespирaleffekte	92
4.4	Leitmedien und Elitemedien	96
5.	NETZWERKANALYSE	105
5.1	Methode	105
5.2	Untersuchungsdesign	107
5.2.1	<i>Auswahl der Journalismuseliten</i>	107
5.2.2	<i>Auswahl der Verbindungen</i>	111
5.2.3	<i>Quellenlage</i>	114
5.2.4	<i>Aussagekraft der Daten</i>	116
5.3	Ergebnisse	117
5.3.1	<i>Gesamtnetzwerk</i>	117
5.3.2	<i>Ego-Netzwerke</i>	126
5.3.2.1	<i>Markus Schächter (ZDF)</i>	128
5.3.2.2	<i>Klaus-Dieter Frankenberger (FAZ)</i>	131
5.3.2.3	<i>Stefan Kornelius (sz)</i>	133
5.3.2.4	<i>Michael Stürmer (Welt)</i>	136
5.3.2.5	<i>Josef Joffe (Zeit)</i>	137
5.3.2.6	<i>Die US-affinen Journalisten und soziale Homophilie</i>	139
5.4	Die Verbindungen aus journalismusethischer Sicht	145
5.5	Zwischenfazit	149
6.	DIE AUSWEITUNG DER KAMPFZONE DURCH ELITEN UND LEITMEDIEN	151
6.1	Sicherheit, Verteidigung und Auslandseinsätze der Bundeswehr	152
6.1.1	<i>Die Kluft zwischen Elite und Bevölkerung</i>	152
6.1.2	<i>Der erweiterte Sicherheitsbegriff</i>	155
6.1.3	<i>Konsequenzen und Kritik der Begriffserweiterung</i>	159

6.2	Untersuchungsdesign	163
6.2.1	<i>Hypothesen</i>	164
6.2.2	<i>Definition von Frame und Frame-Element</i>	167
6.2.3	<i>Vorgehensweise und Methode</i>	169
6.3	Ergebnisse	172
6.3.1	<i>Frame-Elemente zur allgemeinen Bedrohungslage</i>	175
6.3.2	<i>Frame-Elemente zur Bundeswehr und zum Verhältnis Regierung–Wahlvolk</i>	182
6.3.3	<i>Frame-Elemente zum Verhältnis Deutschland–Nato/USA</i>	192
6.3.4	<i>Vergleich der Argumentationsmuster</i>	198
6.3.4.1	<i>Stefan Kornelius (sz)</i>	198
6.3.4.2	<i>Klaus-Dieter Frankenberger (FAZ)</i>	202
6.3.4.3	<i>Michael Stürmer (Welt)</i>	204
6.3.4.4	<i>Josef Joffe (Zeit)</i>	205
6.3.4.5	<i>Resümee des Vergleichs</i>	207
6.3.5	<i>Auswertung der Hypothesen</i>	207
6.3.6	<i>Elemente von Propaganda</i>	211
6.3.7	<i>Das fehlende Gegengewicht in FR und taz</i>	216
6.4	Zwischenfazit	220
7.	<b>DIE MÜNCHNER SICHERHEITSKONFERENZ UND IHRE GEGNER IN DEN LEITMEDIEN</b>	222
7.1	Hinführung	222
7.1.1	<i>Die Münchner Sicherheitskonferenz</i>	222
7.1.2	<i>Verbindungen deutscher Medien zur MSC</i>	225
7.1.3	<i>Kritik an der MSC</i>	226
7.1.4	<i>Protestaktionen und die Münchner Friedenskonferenz</i>	228
7.2	Hypothesen	231
7.3	Design der Inhaltsanalyse	232
7.3.1	<i>Untersuchungszeitraum und Auswahl der Beiträge</i>	232
7.3.2	<i>Kategoriensystem</i>	233
7.4	Ergebnisse der Inhaltsanalyse	236
7.4.1	<i>Umfang der Berichterstattung über die MSC und die Proteste</i>	236
7.4.2	<i>Bewertungen der MSC und der Proteste</i>	246
7.4.2.1	<i>Welt</i>	247
7.4.2.2	<i>FAZ</i>	248

7.4.2.3	<i>SZ</i>	249
7.4.2.4	<i>FR</i>	252
7.4.2.5	<i>taz</i>	252
7.5	Zwischenfazit	253
8.	FAZIT	255
8.1	Zusammenfassung	255
8.2	Diskussion und Forschungsdesiderata	258
8.3	Folgerungen für die journalistische Ethik	262
	LITERATUR	265
	ANHANG	292
A.1	Grundgesamtheit der Journalismuseliten 2007-2009	292
A.2	Definition der Politik- und Wirtschaftseliten	297
A.3	Verbindungen von Journalisten zu Organisationen	299
A.4	Funktionen aller Personen aus den Netzwerkgrafiken	367

# Journalismus

UWE KRÜGER

## **Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse**

*Reihe des Instituts für Praktische Journalismus- und  
Kommunikationsforschung (IPJ), 9*

2013, 378 S., 30 Abb., 17 Tab., Broschur,  
213 x 142 mm, dt.

EUR(D) 29,50 / EUR(A) 30,20 / sFr. 49,80

ISBN 978-3-86962-070-1



Journalisten brauchen die Nähe zu den Mächtigen, um informiert zu sein. Sie begleiten Politiker auf ihren Auslandsreisen, nehmen an Hintergrundrunden im Kanzleramt teil und sind zu Gast auf der Geburtstagsfeier des Deutsche-Bank-Chefs. Das ist gut für die Informationsbeschaffung. Aber verlieren die Journalisten dann nicht die Distanz? Wird die Unabhängigkeit und damit die Kritikfähigkeit des Journalismus durch den Kontakt mit den Eliten aus Politik und Wirtschaft nicht stark beeinträchtigt? Und umgekehrt: Ab wann beeinflusst die Meinung der Eliten die Auswahl der Nachrichten und die Stoßrichtung der Kommentare?

In *Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten* beschreibt Uwe Krüger mittels einer aufwändigen Netzwerkanalyse die Verflechtungen zwischen Journalismus, Politik und Wirtschaft. Mithilfe einer Frame-Analyse zeigt er zudem Auffälligkeiten, Leerstellen und Tabus in der Berichterstattung auf.



HERBERT VON HALEM VERLAG

Lindenstr. 19 · 50674 Köln  
<http://www.halem-verlag.de>  
[info@halem-verlag.de](mailto:info@halem-verlag.de)



## 1. EINLEITUNG

### 1.1 Hinführung zum Thema

Am Abend des 5. Juni 2008 moderierte Maybrit Illner im ZDF eine Talkrunde zur Spitzel-Affäre der Deutschen Telekom AG. Wenige Tage zuvor war ans Licht gekommen, dass die Unternehmensspitze der Telekom in den Jahren 2005 und 2006 illegal Telefonverbindungsdaten von Aufsichtsräten und Journalisten abgeglichen hatte, um herauszubekommen, wer Interna aus den Sitzungen des Aufsichtsrates an die Medien weitergegeben hatte. Unter dem Titel »Deutschland einig Spitzzelland – Wer stoppt die Datendiebe?« debattierten nun der Telekom-Aufsichtsratsvize Lothar Schröder, der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach, Hans Leyendecker von der *Süddeutschen Zeitung*, die frühere (und spätere) Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und der Geschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Detektive, wie es um den Datenschutz in Deutschland und speziell bei der Telekom bestellt ist. Obwohl es auch um Versäumnisse des aktuellen Vorstandsvorsitzenden René Obermann ging (die Bespitzelungen gingen auf das Konto seines Vorgängers), fiel sein Name kein einziges Mal. Die Diskutanten schlichen mit den Bezeichnungen »aktueller Vorstand« und »neuer Vorstand« um das Wort »Obermann« herum (KAZIM 2008). Warum? Weil die Moderatorin und der Vorstandsvorsitzende privat ein Paar waren.

Auf einer sehr offensichtlichen Ebene demonstriert dies, wie persönliche Bande von Journalisten zu einem Tabu im journalistischen Inhalt führen können. Hier war der blinde Fleck in der Berichterstattung nur ein Name, und der Grund war jedem bekannt, der die Boulevard-Berichterstattung über die Liebesbeziehung der beiden attraktiven und erfolgreichen Mittvierziger verfolgt hatte. Nicht immer ist die Sache so augenfällig.



Am 27. Februar 2009 meldete die *Bild*-Zeitung auf ihrer Politikseite, dass der Verein Atlantik-Brücke in einem Hotel im indischen Mumbai getaget habe, ein »Internationales Beratergremium« in Leben gerufen sowie die »Erklärung von Mumbai« verabschiedet habe: »Eine Aufforderung an den Westen, trotz Wirtschaftskrise für offene Märkte einzustehen.« Darüber ein Foto mit Granden der Atlantik-Brücke wie Airbus-Chef Thomas Enders und Unternehmensberater Roland Berger (Abb. 1). Wer auf die Website des Vereins schaute, sah dort dasselbe Foto, allerdings mit einem weiter gefassten Ausschnitt: Zu sehen ist zusätzlich etwas architektonisches Flair des Taj Mahal Palace Hotels – und Kai Diekmann, der Chefredakteur der *Bild*-Zeitung. Er war nicht als Berichterstatter zugegen gewesen, sondern hatte als Vorstandsmitglied der Atlantik-Brücke einen gleichberechtigten Platz in der Runde gehabt. Dass er auf dem Foto in der *Bild*-Zeitung abgeschnitten war, dürfte nicht nur auf Platzgründe zurückzuführen sein. Sicher spielte das Kalkül eine Rolle, dass manche Leser die Involviertheit des Chefredakteurs nicht goutieren würden, soll er ihnen doch eigentlich als möglichst neutraler, unbeteiligter Beobachter die Ereignisse in der Welt nahebringen.

ABBILDUNG 1

Die »Erklärung von Mumbai« der Atlantik-Brücke ohne und mit *Bild*-Chefredakteur Kai Diekmann



Links die *Bild*-Zeitung vom 27.2.2009 (S. 2), rechts die Website [www.atlantik-bruecke.org](http://www.atlantik-bruecke.org), abgerufen am 9.4.2009 (Diekmann steht ganz links)

Beispiel 3: Im Januar 2001 debattierten die deutschen Medien erregt über den Einsatz von Uranmunition durch Nato-Truppen auf dem Balkan. Der *Spiegel* erklärte ausführlich die »geheimen Gefahren« der schwach radioaktiven Geschosse, die mit Leichtigkeit Panzerhüllen und Gebäude

durchschlagen, und den »tödlichen Staub«, der das Kriegsgebiet kontaminierte und auch die eigenen Soldaten schädigte (ILSEMANN 2001a, 2001b; FLOTTAU 2001); alle Tageszeitungen und TV-Nachrichtensendungen berichteten ebenfalls über die »Uran-Affäre«. Verteidigungsminister Rudolf Scharping stand unter massivem Druck, und so setzte er eine Kommission ein, die die Gefährdungslage untersuchen sollte. Sie wurde geleitet vom ehemaligen Chefredakteur der Wochenzeitung *Die Zeit*, Theo Sommer, der einschlägige Verbindungen zum Ministerium aufwies: 30 Jahre zuvor hatte er dort als Leiter des Planungsstabs gedient und war außerdem Mitglied der Wehrstrukturkommission der Bundesregierung gewesen. Weiterhin in der Kommission dabei war ein Redakteur der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, ein Vertreter der regierungsnahen Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und eine Reihe Militärs (ARBEITSSTAB DR. SOMMER 2001: 127). Die Kommission sichtete Literatur und interviewte Experten; im Juni 2001 gab sie Entwarnung. »Die Blamage der Alarmisten« titelte die *Zeit* (RANDOW 2001b), die bereits im Januar Uranmunition als unbedenklich bezeichnet und die »kollektive Hysterie« der Journalistenkollegen gegeißelt hatte (RANDOW 2001a). Theo Sommer bekam wenig später von Minister Scharping das Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold überreicht, und während in den folgenden Kriegen in Afghanistan und Irak weiter Uranmunition verschossen wurde, herrschte an der Medienfront weitgehend Ruhe (SCHIFFER 2008). Im Deutschlandfunk wurde zudem im Jahr 2004 ein Beitrag über Uranmunition verhindert, und zwar von einem Abteilungsleiter, der nebenbei im Beirat für Fragen der Inneren Führung im Bundesverteidigungsministerium tätig war und später auch als Chefredakteur der Zeitschrift des Reservistenverbandes (KRÜGER 2008, KAPPES 2006). Alles Zufall? Der *taz*-Redakteur Andreas Zumach, der zum Thema gearbeitet hat, sagt:

»Es gibt Stellen, die das Thema nicht wollen. [...] Industrie, Regierungen, Militärs. Und es geht vor allem darum, horrenden Schadensersatzforderungen von den bislang – möglicherweise mehreren Hunderttausend – Geschädigten zu entgehen. Aber auch die für die Aufklärung von Gesundheitsschäden zuständige Weltgesundheitsorganisation in Genf hält sich zurück wegen politischen Drucks aus Washington, Berlin und anderen Hauptstädten« (zitiert nach SCHIFFER 2008: 56).

Wäre es nicht die Aufgabe des Journalismus, solche Schweigekartelle zu durchbrechen? Der *Spiegel*-Redakteur Siegesmund von Ilseman, der 2001 zu Uranmunition recherchiert hatte, hält dagegen: »Medien, sofern

sie keinen Kampagnenjournalismus betreiben, sind nur in begrenztem Umfang in der Lage, ein Thema kontinuierlich zu verfolgen. Wenn die Wissenschaft keine neuen Erkenntnisse liefert oder keine neuartigen Fälle auftauchen, fehlt der Aufhänger für weitere Berichte« (ILSEMANN 2008).

Diese zunächst sehr unterschiedlichen Beispiele umreißen das Thema: Es geht erstens um die Nähe von Journalisten zur Macht, es geht zweitens um Leerstellen und Tabus in der Berichterstattung, um Konformität der journalistischen Inhalte mit der Eliten-Diskussion. Es geht um das, was der Journalismusforscher Siegfried Weischenberg einmal »strukturelle Korruption« nannte: »Korruption liegt im Journalismus dann vor, wenn Medienschaffende nicht das drucken oder senden, was sie wissen. Oder wenn sie loben, weil sie – im weitesten Sinne – bestochen worden sind« (WEISCHENBERG 2002: 12). Es geht darum, welchen Anteil die Journalisten und ihre Kontakte zu den Eliten bei der Geburt oder der Verhinderung von Medienthemen haben, denn im »Anfangsstadium können Themen noch zensiert, gesperrt oder auf Seitengeleise unpolitischer Angelegenheiten abgeschoben werden; die Mächtigen haben noch die Möglichkeit, zum Thema selbst ja oder nein zu sagen« (LUHMANN 1979: 41f.). Es geht damit auch um das »autoritäre Potenzial« (HABERMAS 1988: 573), das Massenmedien neben ihrem »emanzipatorischen Potenzial« haben, denn sie einschränken nicht nur den Horizont möglicher Kommunikationen, sondern hierarchisieren und kanalisieren zugleich Kommunikationsflüsse und können damit »die Wirksamkeit sozialer Kontrollen erheblich verstärken« (ebd.).

Der Zusammenhang zwischen der Nähe und den Auffälligkeiten in der Berichterstattung, der Schluss vom einen auf das andere kann nur plausibel sein, nicht zwingend; stets kann eine persönliche Nähe folgenlos bleiben und eine vermeintliche Leerstelle oder Auffälligkeit im journalistischen Output eine andere Ursache haben, und stets werden die Akteure, wenn man sie dazu befragt, darauf abheben. Es wird also nicht um Beweise gehen (können), sondern um Indizien. Eine solche Indiziensammlung, wissenschaftlich fundiert, erscheint jedoch notwendig, um einem Qualitätsproblem auf die Spur zu kommen, das bereits von einer Vielzahl von Medienkritikern, Medienwissenschaftlern und Journalisten andeutungsweise beschrieben wurde und das die weithin anerkannten journalistischen Qualitätskriterien ›Unabhängigkeit‹, ›Kritik‹ und ›Ausgewogenheit‹ (ARNOLD 2009: 162 - 196) betrifft. Einige Beispiele seien genannt.

»Embedded in Berlin« nannte Hans-Ulrich Jörges vom Magazin *Stern* einen Vortrag, den er 2003 über das Zusammenspiel von Hauptstadtjournalisten und Politik hielt. Politiker trachteten danach, Journalisten in »Gefolgschaften« einzubinden, in »Sprachregelungen und Netzwerke«. Um sich greife »die persönliche Versippung mit der Politik«, das Duzen, das wechselseitige Einladen zu Geburtstagen und Hochzeiten, das Schreiben von Gefälligkeitsbiografien und sogar die Beratung von Politikern durch Journalisten im Wahlkampf. Die Berichterstattung der entsprechenden Kollegen sei dann nur noch für Insider wirklich interessant:

»Wer das System kennt, [...] der kann genau Journalisten zu Politikern zuordnen, der weiß dann auch, dass diese Kollegen in Wahrheit zu Medienreferenten geworden sind, die die Lesarten über ihre Blätter transportieren. [...] Das hat, wenn man es zu lesen versteht, einen hohen Informationswert, weil man natürlich feststellt, welches die genehme Lesart ist, wann sich Positionen verändern und wann der Minenhund vorangeschickt wird, um das anzudeuten. [...] [A]ber der normale Zeitungsleser kann damit natürlich gar nichts anfangen, er hält es für bare Münze, er kann es nicht interpretieren, das können nur Journalisten, die Herren und Knechte kennen.«  
(JÖRGES 2003).

Der Rechercheur Hans Leyendecker von der *Süddeutschen Zeitung* konstatiert, es gebe »immer öfter komplizenhafte Verstrickungen zwischen Wirtschaftsführern, Politikern, Werbeindustrie und Journalisten« (LEYENDECKER 2004: 172). Medienwissenschaftler Lutz Hachmeister kommt zu der Schlussfolgerung, dass sich eine »geschlossene Gesellschaft« herausgebildet habe (HACHMEISTER 2007: 87); die Journalisten großer Medien »gehören heute mehr denn je einer verblüffend homogenen politisch-kulturellen Führungsschicht an, sind also Teilhaber eines dichten Kommunikationsnetzwerks von Entscheidern aus Politik, Wirtschaft und Kultur. Dieses Gewebe ist bei allen unterschiedlichen beruflichen Sektoren und Aufgaben als *spätbürgerliches Establishment* zu klassifizieren – durch einen aufeinander abgestimmten Habitus, gemeinsam geteilte kulturelle Orte und konkrete Kommunikationsbeziehungen« (HACHMEISTER 2002: 17; Hervorhebung im Original).

Zu einer »nüchternen Bestandsaufnahme der gesellschaftlichen Realität« seien die Journalisten immer weniger in der Lage; »fraglich ist auch, ob der wohligh im spätbürgerlichen Zentrismus eingerichtete Prestige-Journalismus die Entfremdung breiter Bevölkerungsschichten von den formaldemokratischen Ritualen überhaupt mitbekommt« (ebd.: 33).

Dass viele Journalisten »von Kontrolleuren zu Helfern der einflussreichen Kreise geworden« sind, bemängelt Albrecht Müller (2009: 360), der in den 1970er-Jahren den Planungsstab im Bundeskanzleramt geleitet hat und seit 2003 Mitbetreiber des medienkritischen Weblogs *nachdenkseiten.de* ist. Dessen Stoßrichtung lautet: Der Medien-Mainstream ist wirtschaftsnah und neoliberal und

»transportiert in etwa folgende Botschaft: Die Deutschen müssen sich an mehr Ungleichheit gewöhnen; die Risiken des Lebens müssen privatisiert werden; Unternehmer und Eliten müssen durch niedrige Steuern im Land gehalten werden; die wahren Ausbeuter sitzen in der Unterschicht; »Chancengerechtigkeit« ersetzt eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen; die Deutschen müssen in der Welt größere Verantwortung übernehmen und dazu auch Kampfeinsätze durchführen. Wir haben keinen kritischen Journalismus, wir haben Kampagnenjournalismus« (MÜLLER 2009: 364).

Man muss mit der oft polemischen Art der Website nicht einverstanden sein – aber sie trifft offenbar einen Nerv, ein weitverbreitetes Gefühl im Medienpublikum. Sie gehört zu den erfolgreichsten deutschen Polit-Blogs: 2008 wurde sie täglich von bis zu 25.000 Besuchern angesurft (BRAUCK et al. 2008: 96), Ende 2011 waren es schon 60.000 Besucher.<sup>1</sup>

Eine ähnliche neoliberal-konformistische Grundfärbung sieht der Medienkritiker Walter von Rossum und bemängelt eine fehlende Eigenständigkeit der Journalisten in der Beobachtung und Analyse des Geschehens: »Es scheint, dass der Blick, den der gegenwärtige Journalismus auf die Welt riskiert, stets parlamentarischer Deckung bedarf. Hätte es im Parlament eine nennenswerte Opposition gegen die Agenda 2010 gegeben, dann hätte es auch nicht dieses flächendeckende mediale Einverständnis mit den neoliberalen Reformen gegeben« (ROSSUM 2009).

Fast flächendeckend war auch das mediale Einvernehmen mit den Fehlentwicklungen im Finanzsektor, die zum Crash im Jahr 2008 führten. »Wer die gesamte bisherige Berichterstattung über die Finanzkrise Revue passieren lässt, der bekommt den Eindruck: Viele Medien haben die Deutungshoheit der Politik überlassen« (KÖHLER 2009: 16). Diesen Eindruck teilen sogar führende deutsche Wirtschaftsjournalisten: Claus Hulver-

1 Auskunft von Website-Mitherausgeber Wolfgang Lieb auf Anfrage des Verfassers (per E-Mail am 21.12.2011).

scheidt von der *Süddeutschen Zeitung* urteilt über die Berichterstattung vor und während der Finanzkrise: »Viele Journalisten sind der Themenkonjunktur und den Beschwichtigungen von Seiten der Politiker und Banker zu lange gefolgt« (o. A. 2009: 9). Der Chefredakteur der *Wirtschaftswoche*, Roland Tichy, glaubt, dass »sich die meisten [Journalisten] vom Urteil der großen Wirtschaftsinstitute, der Volkswirte und der Bundesregierung sehr stark abhängig fühlen« (ebd.: 8). Und der *Zeit*-Redakteur Marc Brost erzählt von einer Reise des Bundesfinanzministers Peer Steinbrück nach Washington im Februar 2007, bei der auch Journalisten dabei waren und bei der bereits über die berüchtigten Subprime-Kredite gesprochen wurde, die später die Krise auslösten:

»Warum begannen nicht wenigstens die Medien im Frühjahr 2007, diese Blase näher zu untersuchen? Weil auch viele Journalisten Risikominimierer sind. [...] Auch für die Masse der Journalisten war es einfacher, immer neue Jubelartikel über den fortwährenden Boom zu schreiben, als auch einmal auf die Gefahren der Blase hinzuweisen. Die Wirtschaft brummte, und wer zu früh warnte, war der Depp« (BROST 2010).

Dass es bei der Krise davor ähnlich lief, legt eine Erzählung des US-Journalisten Danny Schechter von *mediachannel.org* nahe, der im Januar 2000 am Jahrestreffen des Weltwirtschaftsforums in Davos teilgenommen hatte, kurz vor dem Platzen der Dotcom-Blase:

»Wir waren die Auserwählten, die sich als »embedded journalists« unter die Besten der Besten der internationalen Unternehmenskultur mischen durften. Es herrschte eine verführerische, einnehmende Atmosphäre von Wohlstand und elitärem Denken. Viele Medienvertreter waren völlig begeistert über die »Masters of the Universe« – die Superhelden, die »Davos Men«. [...] In jenem Jahr wurden die Verheißungen der Globalisierung und eines kapitalistischen Systems gepriesen, das nichts verkehrt machen konnte. Eine kritische Einstellung zur Wirtschaftslage war damals verpönt« (SCHECHTER 2009: 18).

Von der Wirtschaft zur Politik: Dass das öffentlich-rechtliche Fernsehen und die deutschen Parteien recht eng verflochten sind, zeigt nicht nur die Zusammensetzung der Aufsichtsgremien, sondern auch das öffentliche Gekzerre um ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender im Jahr 2009, gegen dessen Vertragsverlängerung der hessische CDU-Ministerpräsident Roland Koch öffentlich votierte. Das ZDF sei »im Griff der Parteien«, urteilt Medienjournalist Stefan Niggemeier (2009), und wenn die SPD den Chefredakteur Brender gegen Koch in Schutz nehme, »darf man das nicht mit einem Un-

abhängigkeitskampf verwechseln. Die SPD muss die Pläne der Union auch deshalb so massiv abwehren, weil die Besetzung des Chefredakteurspostens beim ZDF traditionell den Sozialdemokraten zusteht. Die politische Geschäftsgrundlage sieht vor, dass die Union Intendant und Programmleiter bestimmt, die SPD Verwaltungsdirektor und Chefredakteur« (ebd.). Zwar sind im 77-köpfigen Fernsehrat des ZDF die Vertreter der Parteien in der Minderheit, »faktisch beherrschen sie über die ›Freundeskreise‹ das Gremium parteipolitisch« (GÄBLER/HUBER 2009).

Altgediente Journalisten öffentlich-rechtlicher Sender berichten von einem zunehmenden Einfluss der Politik auf das Programm: So bemängelt Christoph Maria Fröhder, der für die ARD u. a. in Krisenregionen wie dem Irak gearbeitet hat, es werde »Zurückhaltung verordnet, bis hin zu einem klaren Veto« (zitiert nach o. A. 2008a). Die Sender würden viele gesellschaftlich relevante Themen gar nicht mehr aufgreifen; »große Diskussionen, mit denen wir uns früher an einem gesellschaftlichen Diskurs beteiligt haben, werden vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht mehr gewünscht« (ebd.). Massive politische Einflussnahme habe »eine neue, glatte Generation von Führungskräften« hervorgebracht, für die »der Friede mit der Politik wichtiger als die brisante Enthüllung« sei (FRÖHDER 2011: 11). Auch Ulrich Tilgner, bis 2008 Nahost-Korrespondent des ZDF, fühlte sich in seiner Arbeit zunehmend beschnitten, »gerade auch was die Berichterstattung aus Afghanistan angeht, jetzt, wo dort deutsche Soldaten sterben«; es gebe Bündnisrücksichten, die sich in der redaktionellen Unabhängigkeit der Sender widerspiegeln (o. A. 2008b). Es würden sogar »bestimmte Journalisten für die jeweiligen Auslandseinsätze ausgewählt und angefordert [...]. Wie von Geisterhand gesteuert, berichten Medienvertreter aus fernen Ländern genau dann über die Notwendigkeit zusätzlicher Soldaten, wenn Politiker in der Heimat entsprechende Initiativen ankündigen« (TILGNER 2009: 40).

Im Bereich Außenpolitik gibt es weitere Auffälligkeiten: Als in der Ukraine im Jahr 2004 die ›Orangene Revolution‹ ausbrach, verfielen die deutschen Medien in einen Demokratie-Taumel und sahen nicht, dass die ukrainischen Revolutionäre massive Hilfe von amerikanischen Stiftungen bekamen, die wiederum personell und finanziell mit US-Regierung, US-Militär und CIA verflochten waren (HUBER 2005). Abweichungen von diesem Schwarz-Weiß-Bild ›Guter pro-westlicher Kandidat gegen bösen pro-russischen Kandidaten‹ gab es in den Leitmedien nur vereinzelt, sie kamen relativ spät und hatten keine Wirkung auf die Folgeberichterstattung (so Huber in KRÜGER 2005). Als endlich der *Spiegel* im November 2005

in einer aufwendig recherchierten Titelgeschichte die Hilfe für die Revolutionäre thematisierte, tat er dies nach dem unkritischen Erzählmuster, dass selbstlose US-Organisationen den unterdrückten Völkern Osteuropas die »Fackeln der Freiheit« (FLOTTAU et al. 2005: 180) brächten, und blendete die geostrategischen Interessen Amerikas in dieser Region völlig aus (HUBER 2007).

Als letzter Punkt sei die Tätigkeit der Initiative Nachrichtenaufklärung (INA) angeführt: Im Jahr 1997 an der Universität Siegen gegründet, kürt sie jedes Jahr zehn Themen von öffentlichem Interesse, die in den Medien ihrer Ansicht nach nicht genügend berücksichtigt wurden. Darunter sind durchaus brisante Themen: mangelnde Kontrolle deutscher Rüstungsexporte (2009); die bereits erwähnten Gefahren der Uran-Munition in Kriegsgebieten (2008); irakische Bauern müssen nach der US-Invasion Saatgut-Gebühren an internationale Konzerne zahlen (2005); Geheimdienste überwachen unkontrolliert die digitale Kommunikation in Europa (2005); deutsche Konzerne bestechen Auftraggeber im Ausland (2003). Obwohl sich die INA weniger politisch gibt als ihr US-Vorbild »Project Censored« an der Sonoma University in Kalifornien – sie spricht nicht von »zensierten«, sondern von »vernachlässigten« Themen –, machen die in ihr engagierten Hochschullehrer Horst Pöttker und Peter Ludes auch Machtverhältnisse für die Vernachlässigung verantwortlich. So vermutet Horst Pöttker als einen von vier Gründen

»die Macht von Personen, vor allem aber Institutionen, über die zu berichten ist und die aufgrund partikularer, meist eigener Interessen für sie problematische Sachverhalte nicht öffentlich werden lassen möchten. [...] Sie alle setzen diverse Kombinationen ihnen zu Gebote stehender Mittel ein, um diese Ziele zu erreichen: formelle und informelle Vertraulichkeitsbindungen, Geld, »Öffentlichkeitsarbeit« zur Ablenkung der öffentlichen Aufmerksamkeit auf andere Themen usw.« (PÖTTKER 1999: 163).

Peter Ludes ergänzt,

»dass in der Bundesrepublik einige JournalistInnen Mitwissende wichtiger (v. a. politischer) Entscheidungsvorbereitungen und Entscheidungen sind, die aufgrund dieser Teilnahme an »halbgeheimen Informations- und Gesprächszirkeln« keine Nachrichten über entsprechende Entwicklungen weitergeben. Sie wollen ihr exklusives Informations»recht« nicht gefährden – auf Kosten allgemeiner öffentlicher Information.« [...] [Darüber] hinaus führen ähnliche Lebensstile und zum Teil auch gemeinsame Essen und Reisen von Journalisten mit den von ihnen zu beobachtenden Personen dazu, dass eine gewisse Kameraderie entsteht. Die persönlich bekannten



und teilweise privat geschätzten Entscheidungsträger werden so nicht mehr kritisch beobachtet und kommentiert« (LUDES 1999: 185f.).

## 1.2 Ziel und Aufbau der Arbeit

Wer von einem grundsätzlich gesunden liberal-pluralistischen Mediensystem in Deutschland ausgeht, wird die beschriebenen Sachverhalte vielleicht als Einzelfälle ansehen, als Auswüchse oder als zu verurteilende Verstöße gegen die journalistische Ethik, die doch das Leitbild des neutralen Beobachters hat (so skizziert bei HALLER 2004). Marxisten mögen andersherum die Fälle als eine Bestätigung dafür ansehen, dass die großen Medien eben Teil jener Kultur- bzw. Bewusstseinsindustrie sind, die naturgemäß die Bürger im Einvernehmen mit dem Großkapital und der Politik manipuliert (vgl. den Überblick über die Kritischen Medientheorien bei SCHICHA 2003). Diese Arbeit will einen Mittelweg gehen und mit einer kritischen Grundhaltung nach Zusammenhängen zwischen den Einzelfällen und eventuell dahinter liegenden Gesetzmäßigkeiten suchen, ohne marxistische Axiome zugrunde zu legen, durch die die Medien von vornherein als Instanzen des Massenbetrugs gelten und die den Journalisten jegliche Autonomie absprechen.

Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit liegt erstens darin herauszufinden, wie massiv die führenden deutschen Journalisten in vertraulichem, informellem Austausch mit Politik- und Wirtschaftseliten stehen, und zweitens, inwieweit in ihren Medien eine inhaltliche Elitenorientierung zu finden ist, d. h. eine Vorliebe für die Sichtweise und die Argumente von Eliten (im Gegensatz etwa zur Sichtweise der Bevölkerungsmehrheit, von kritischen Wissenschaftlern, von Demonstranten und Aktivisten o. Ä.). Entsprechend kommen als empirische Methoden die Soziale Netzwerkanalyse und die Frame- bzw. Inhaltsanalyse zur Anwendung.

Die Arbeit gliedert sich wie folgt: In Kapitel 2 wird der Forschungsstand zur informellen Kommunikation zwischen Journalisten und Politik- bzw. Wirtschaftseliten in Deutschland und zu Auffälligkeiten in der Berichterstattung deutscher Leitmedien im Sinne einer Elitenorientierung referiert. Kapitel 3 stellt vier kritische Theorieansätze aus den USA vor, die eine Elitenorientierung der US-Leitmedien postulieren und begründen: die ›Indexing-Hypothese‹, das ›Propaganda-Modell‹, die ›Guard Dog Perspective‹ sowie das ›Protest Paradigm‹. Es werden Schnittmengen der Konzepte herausgearbeitet

und nach deren Übertragbarkeit auf Deutschland gefragt; schließlich wird daraus eine Theorie des deutschen Elitejournalismus abgeleitet. Kapitel 4 definiert einige für den Fortgang der Untersuchung wichtige Begriffe: Was sind Eliten? Was sind Netzwerke und in welchem Zusammenhang stehen sie mit sozialem Kapital von Akteuren? Wie können in Netzwerken Schweigespireffekte entstehen? Wann ist ein Medium ein Leit- bzw. ein Elitemedium, und welche sind es aktuell in Deutschland?

Die Netzwerkanalyse in Kapitel 5 zeigt auf, welche führenden Journalisten deutscher Leitmedien in den Jahren 2002 bis 2009 in Organisationen involviert waren, in denen Kontaktpotenzial mit Politik und Wirtschaftseliten bestand. Es wird sowohl ein Gesamtbild aller Verbindungen entworfen als auch die persönlichen Netzwerke einiger Journalisten gezeigt und die Frage diskutiert, welche Verbindungen als journalismusethisch problematisch einzustufen sind.

Auf Grundlage von den Ergebnissen der Netzwerkanalyse wird in Kapitel 6 der journalistische Output von vier Journalisten, bei denen eine Vernetzung im us- und Nato-affinen Milieu festgestellt wurde, näher untersucht, und zwar daraufhin, ob er beim Themenfeld ›Sicherheit, Verteidigung und Auslandseinsätze der Bundeswehr‹ auf us- bzw. Nato-Linie liegt. Nach dieser Fokussierung auf die Arbeit von vier einzelnen Journalisten verbreitert Kapitel 7 die Datenbasis, indem die Berichterstattung über die Münchner Sicherheitskonferenz und deren Gegner unter die Lupe genommen wird, mit der Grundfrage, ob sich die Leitmedien damit begnügen, den auf der Sicherheitskonferenz laufenden Diskurs der außenpolitischen Eliten abzubilden oder ob sie auch den vorhandenen Alternativen Raum geben, namentlich den Argumenten der Protestierenden und dem Diskurs auf der Gegenveranstaltung, der Münchner Friedenskonferenz. Schließlich wird in Kapitel 8 ein Fazit gezogen, auf Forschungsdesiderate hingewiesen und es werden journalismusethische Empfehlungen für den Umgang mit Politik- und Wirtschaftseliten gegeben.

*Nota bene:* Da im Verlauf der Untersuchung die Netzwerke und der Output von vier individuellen Journalisten fokussiert wurden (Klaus-Dieter Frankenberger von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Stefan Kornelius von der *Süddeutschen Zeitung*, Michael Stürmer von der *Welt* und Josef Joffe von der *Zeit*), hat der Autor ihnen diese Arbeit vor der Veröffentlichung zur Kenntnis gegeben. Damit verbunden war die Anfrage, ihre Sicht auf das Thema, die Methoden und die Ergebnisse der Arbeit in separaten Beiträgen darzustellen, die ungekürzt im Anhang des Buches hätten abgedruckt werden sollen. Leider haben alle vier Journalisten diese Anfrage abgelehnt.